

Islamistische Akteure in Ägypten: Pragmatismus als Leitmotiv nach dem Sturz Mubaraks

Stephan Roll

Zusammenfassung

Das Ende der Mubarak-Herrschaft in Ägypten hat den Weg für ein formales politisches Engagement islamistischer Gruppen und Organisationen frei gemacht. Sowohl die Muslimbrüder als auch salafistische Gruppen gründeten eigene Parteien. Infolge der zunehmenden Herausbildung formaler Organisations- und Parteistrukturen und der Entwicklung der eigenen politischen Programmatik setzte ein Prozess der Ausdifferenzierung des islamistischen Akteurspektrums ein, der noch lange nicht abgeschlossen ist. Bemerkenswert ist, dass bislang alle relevanten islamistischen Parteien und Organisationen als moderate politische Akteure in Erscheinung treten: Sie agieren innerhalb der bestehenden politischen Ordnung und lehnen Gewalt zur Durchführung ihrer politischen Ziele ab. Ihre Agenden sind zudem – gemessen am jeweiligen ideologischen Hintergrund – sehr pragmatisch. Erfolgreich war dieses Vorgehen bislang allerdings nur begrenzt. Zwar konnten die Parteien der Muslimbrüder und Salafisten die Parlamentswahlen für sich entscheiden, das Parlament wurde aber in Folge eines Gerichtsentscheides wieder aufgelöst. Der Erfolg des Muslimbruders Muhammad Mursi bei den Präsidentschaftswahlen wurde dadurch relativiert, dass die Militärführung zuvor die Kompetenzen des Staatspräsidenten stark beschnitten hatte. Direkten Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess haben die Islamisten somit nur bedingt erlangen können. Und auch in anderen Bereichen stößt ihr Vormarsch auf Widerstand. Der religiöse und damit in weiten Teilen gesellschaftspolitische Diskurs in Ägypten wird nach wie vor nicht alleine durch die islamistischen Organisationen und Gruppen sondern ganz wesentlich durch die traditionsreiche Moschee und Universität Azhar geprägt, deren Führung erfolgreich auf ihre Unabhängigkeit pocht. In der Wirtschaft wiederum kommen islamistische Organisationen mit dem Aufbau von Netzwerken zu den etablierten Großunternehmern nur langsam voran. Die ägyptische Wirtschaftselite war in weiten Teilen eng mit dem Mubarak-Regime verbunden und steht dem Aufstieg der Islamisten skeptisch gegenüber.

Durch den Zusammenbruch des Mubarak-Regimes wurden grundlegende gesellschaftliche und politische Entwicklungsprozesse in Ägypten eingeleitet. Obwohl Islamisten keineswegs die Speerspitze der jugendlichen Protestbewegung bildeten, die Anfang 2011 das Regime zu Fall brachte und in Ägypten selbst als „Revolution“ bezeichnet wird, konnten Islamisten bislang am meisten von dem politischen Umbruch profitieren. Für viele ägyptische wie auch internationale Beobachter scheint sich daher geradezu eine „Islamisierung Ägyptens“ bzw. eine „islamistische Konterrevolution“ abzuzeichnen. Zwei Faktoren werden hierbei allerdings oftmals übersehen:

- Zum einen gibt es nicht die Islamisten. Gerade in Ägypten ist das islamistische Akteursspektrum sehr heterogen. Die islamistischen Organisationen und Gruppen müssen sich zudem selbst erst über ihre politischen Agenden verständigen und Parteistrukturen entwickeln.
- Zum anderen sind die islamistischen Akteure in ihrem politischen Handeln zahlreichen Restriktionen unterworfen. Sie befinden sich nicht nur im Wettbewerb mit anderen politischen Kräften, sondern müssen sich auch gegenüber staatlichen und semistaatlichen Institutionen behaupten.

In den folgenden Ausführungen über die Entwicklung des islamistischen Akteursspektrums in Ägypten nach dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes werden diese beiden Faktoren aufgegriffen. Zunächst werden die Entwicklung von islamistischen Parteien und ihren Agenden sowie die innerparteilichen Dynamiken seit 2011 untersucht. Im zweiten Teil stehen die Islamisten als politische Akteure im Mittelpunkt. Hierbei werden ihr konkretes Handeln im Transformationsprozess, ihr spannungsgeladenes Verhältnis zur Azhar, der wichtigsten religiösen Institution Ägyptens, und ihre Beziehungen zur ägyptischen Wirtschaft analysiert.

1. Die Neuformierung des islamistischen Akteursspektrums

1.1. Entstehung islamistischer Parteien

Unter Präsident Husni Mubarak war nicht nur die Gründung religiöser Parteien in Ägypten verboten, durch die Verfassungsänderung im Jahr 2007 wurde auch ein politisches Engagement „auf Grundlage eines religiösen Referenzrahmens“ (Artikel 5) grundsätzlich unter-

sagt.¹ Diese Verschärfung der rechtlichen Bestimmungen richtete sich vor allem gegen die oppositionelle Muslimbruderschaft, die bei den Parlamentswahlen 2005 über 20 Prozent der Mandate durch formal unabhängige Kandidaten für sich gewinnen konnte.² Sie war unter Mubarak nicht nur die einzige ernst zu nehmende Oppositionskraft. Die Muslimbruderschaft monopolisierte nach der Niederschlagung militanter islamistischer Gruppierungen in den 1990er Jahren geradezu das islamistische Akteurspektrum in Ägypten.

Bereits wenige Tage nach dem erzwungenen Rücktritt Mubaraks kündigte sich eine Zäsur in Bezug auf den rechtlichen Rahmen für die politische Teilhabe der Islamisten an: Ein Kairoer Gericht genehmigte die Zulassung der gemäßigt-islamistischen Wasat-Partei, die sich über fünfzehn Jahre lang vergeblich um eine Zulassung als Partei bemüht hatte. In seiner Verfassungserklärung im März 2011 machte der Hohe Militärrat den Weg für die Gründung von Parteien mit religiösem Hintergrund grundsätzlich frei.³ In der Erklärung wurde zwar das „direkte politische Engagement“ auf der Basis von Religion weiterhin untersagt (Artikel 4). Durch Streichung der 2007 eingeführten Formulierung des Artikels 5, der einen religiösen Referenzrahmen zum Ausschlusskriterium für eine Zulassung erklärte, wurden allerdings Parteigründungen von islamistischen Organisationen erlaubt. In Folge dessen setzte ein Gründungsboom islamistischer Parteien ein. Bis zu den Parlamentswahlen, die zwischen November 2011 und Januar 2012 abgehalten wurden, waren acht neue Parteien registriert worden, die (im weitesten Sinne) als „islamistisch“ bezeichnet werden können.⁴

Die Partei der Muslimbruderschaft

Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stand unzweifelhaft die Gründung der Partei der Muslimbruderschaft. Obgleich den Muslimbrüdern unter Mubarak parteipolitisches Engagement strikt verboten war, hatten sie über ihre Präsenz im Parlament, vor allem aber durch ihre jahrzehntelange Arbeit in diversen Berufsgenossenschaften, Erfahrungen mit dem Aufbau formaler Organisationsstrukturen sammeln können.⁵ Diese Erfahrungen kamen der Bruderschaft nun zugute: Bereits zehn Tage nach dem Rücktritt Husni Mubaraks gab der spirituelle Führer (Murshid) der Bruderschaft, Muhammad Badi', die Gründung der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (Hizb al-hurriya wal-adala, im Folgenden wird die im Englischen gebräuchliche

Abkürzung FJP für Freedom and Justice Party verwendet) bekannt.⁶ Nur drei Monate später reichten Vertreter der Bruderschaft einen Registrierungsantrag mit der Unterschrift von 9.000 Gründungsmitgliedern beim staatlichen Komitee für Parteienangelegenheiten ein, dem umgehend stattgegeben wurde. Unter den Gründungsmitgliedern waren auch tausend Frauen und über hundert Christen – wodurch der Charakter der FJP als Volkspartei unterstrichen werden sollte.

Das Führungsgremium der Partei wurde allerdings überwiegend mit Mitgliedern des Führungsbüros (Maktab al-irshad) der Bruderschaft besetzt. Vorsitzender der Partei wurde Muhammad Mursi, der zwischen 2000 und 2005 als Sprecher der im Parlament vertretenen Muslimbrüder fungierte. Seine Stellvertreter wurden Issam Al-Arian, der wohl bekannteste Stratege und Vordenker der Bruderschaft und Rafiq Habib, ein bekannter christlicher Intellektueller und Vorkämpfer für den interreligiösen Dialog in Ägypten.⁷ Saad al-Katatni, der Vorsitzende des Parlamentsblocks der Bruderschaft zwischen 2005 und 2010, übernahm den Posten des Generalsekretärs der neuen Partei.

Gegenüber anderen, alten und neu gegründeten Parteien verhielt sich die FJP kooperativ, untermauerte aber zugleich ihren Führungsanspruch. Die Parteiführung kündigte an, dass die FJP bei den Parlamentswahlen für nicht mehr als 50 Prozent der Sitze kandidieren und auf einen eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen verzichten wolle.⁸ Im Juni 2011 war die FJP maßgeblich an der Bildung der Demokratischen Allianz für Ägypten beteiligt, einem Wahlbündnis aus 28 Parteien, die ihre Wahlstrategien koordinieren und gemeinsame Wahllisten aufstellen wollten.

Zu den Mitgliedern der Demokratischen Allianz zählten anfänglich auch nahezu alle anderen islamistischen Parteien, darunter auch die Wasat-Partei, die 1996 von ehemaligen Muslimbrüdern gegründet worden war.⁹ Obgleich sich die Muslimbruderschaft mit ihrer FJP der ideologisch deutlich liberaler aufgestellten Wasat-Partei angenähert hatte, blieb ein tiefes Misstrauen zwischen den beiden Parteien bestehen. Die Wasat-Partei verließ schließlich das Bündnis aus Protest gegen die dominante Rolle der FJP. Sie trat bei den Parlamentswahlen als eine von wenigen Parteien eigenständig, außerhalb eines Wahlbündnisses an.

Die salafistischen Parteien

Auch die salafistischen Parteien verließen die Demokratische Allianz, allen voran die Nur-Partei (Partei des Lichts/Hizb al-nur).¹⁰ Gegründet worden war die Nur-Partei aus den Reihen der Da'wa al-Salafiya, einer salafistischen Vereinigung, die ihre Wurzeln in salafistischen, studentischen Gruppen hat, die in den 1970er Jahren in Alexandria entstanden waren. Im Gegensatz zur zweiten, großen salafistischen Organisation in Ägypten, der Ansar al-Sunna, die sich eher abstrakt mit religiösen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen beschäftigt, thematisierten die Prediger der Da'wa bereits unter Präsident Mubarak die Alltagsprobleme ihrer Anhänger. Die Bewegung bildete hierdurch ein wesentlich stärkeres gesellschaftspolitisches Profil heraus. Direktes politisches Engagement indes lehnten beide salafistischen Organisationen bis 2011 grundsätzlich ab.

Erst nach dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes riefen einzelne Prediger der Da'wa al-Salafiya zur politischen Teilhabe auf. Zudem begann die Da'wa al-Salafiya eigene formale Organisationsstrukturen aufzubauen. Im Juli 2011 wurde Scheich Muhammad Abd al-Fattah („Abu Idris“) zum Generalsekretär der Organisation gewählt, sein Stellvertreter wurde Scheich Yasir Burhami.¹¹ Letzterer gilt auch als einer der Gründerväter und geistigen Anführer der Nur-Partei, obgleich er ihr nicht beitrug. Vorsitzender der neuen Partei wurde Imad Abd al-Ghafur, der in der Da'wa al-Salafiya bislang keine Führungsposition bekleidet hatte.¹² Nach ihrer Zulassung im Juni 2011 gelang es der Nur-Partei in beachtlicher Geschwindigkeit, Strukturen aufzubauen und für die Parlamentswahlen landesweit eigene Kandidaten aufzustellen. Nachdem der Zuspruch aus der Bevölkerung immer deutlicher wurde und sich die Nur-Partei mit der FJP nicht auf einen Verteilungsschlüssel für die Kandidatenaufstellung bei den Parlamentswahlen einigen konnte, gründete sie im September 2011 das Wahlbündnis Islamische Allianz.¹³

Die beiden wesentlich kleineren Partner der Nur-Partei in der Islamischen Allianz waren die Asala-Partei (Hizb al-asala/Partei der Authentizität) und die Partei für Aufbau und Entwicklung (Hizb al-bina' wal-tanmiya). Während die Asala-Partei ebenso wie die Nur-Partei aus dem Umfeld der Da'wa al-Salafiya gegründet worden war, hatte die Partei für Aufbau und Entwicklung einen anderen Hintergrund: Sie war von Führern der ehemals militanten islamistischen Organisa-

tion al-Jama'a al-islamiya (im Folgenden Jama'a Islamiya) gegründet worden, die im März 2011 auf Beschluss der Militärführung aus dem Gefängnis entlassen worden waren. Die Führung der Jama'a Islamiya hatte sich bereits zur Jahrtausendwende von der Gewalt der vergangenen Jahrzehnte losgesagt und rief ihre Anhänger nun zur aktiven Teilnahme am politischen Willensbildungsprozess auf. Zusammen stellten die beiden Parteien allerdings nur rund 15 Prozent der Kandidaten der Islamischen Allianz.¹⁴

Die Islamische Allianz bekam breite Unterstützung aus dem salafistischen Lager. Neben der Da'wa al-Salafiya rief auch der neugegründete Konsultativrat der Religionsgelehrten (Majlis shura al-ulama' bi-misr) zur Wahl der salafistischen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen auf. Gegründet wurde der Rat im Frühjahr 2011 durch zehn sehr einflussreiche salafistische Scheichs, unter ihnen auch der zurzeit wohl bekannteste salafistische Fernsehprediger Muhammad Hassan. In gemeinsamen Erklärungen äußerten sich die Scheichs regelmäßig zur politischen Lage im Land ohne sich allerdings selbst parteipolitisch zu betätigen.¹⁵

Parteien der Sufi-Bewegung

Anders als Muslimbrüdern und Salafisten gelang es den Sufis als eigene große islamische Strömung in Ägypten nicht, effektive Parteistrukturen aufzubauen. Zwar entstanden im Umfeld zweier Sufi-Orden die Ägyptische Befreiungspartei (Hizb al-tahrir al-masri) und die Partei Stimme der Freiheit (Hizb al-sawt al-huriya), beide Parteien scheiterten allerdings bei den Parlamentswahlen an der 0,5-Prozent-Hürde. Ein Grund für den Misserfolg war sicherlich die anfänglich mangelnde Rückendeckung seitens des Obersten Sufi-Rats, einem semistaatlichen Gremium, das die oberste Autorität der ägyptischen Sufis bildet. Der Vorsitzende des Rats, Großscheich Abd al-Hadi al-Qasabi, lehnte zunächst parteipolitisches Engagement mit Bezug auf den Sufismus kategorisch ab. Vielmehr erklärte al-Qasabi, der selbst von Husni Mubarak ernannt worden war, seine Unterstützung und Loyalität gegenüber dem Hohen Militärrat und der Azhar als oberste islamische Autorität, was wiederum zu Widerspruch innerhalb der Sufi-Bewegung führte. Ende 2011 änderte der Sufi-Großscheich zwar seine kritische Haltung gegenüber politischem Engagement und sicherte beiden Sufi-Parteien seine Unterstützung zu, dennoch gelang es nicht, die Sufi-Anhängerschaft als politische Kraft zu einen.¹⁶

1.2. Die politischen Agenden

Die neu gegründeten islamistischen Parteien unterscheiden sich sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf die Ausdifferenzierung ihrer Programmatik erheblich voneinander.¹⁷ Die vier größten Parteien betonen allerdings, dass sie bei der Umsetzung ihrer jeweiligen Wahlprogramme schrittweise vorgehen wollen und geben sich – gemessen am jeweiligen ideologischen Hintergrund – bemerkenswert pragmatisch. Vor allem die FJP und die Nur-Partei versuchen dem Eindruck entgegen zu wirken, sie würden einen schnellen, umfassenden Systemwechsel beabsichtigen. Die Nur-Partei erklärt das stufenweise Vorgehen bei politischen Reformen („al-tadrij fil-islam“) sogar zu ihrem Leitprinzip.¹⁸

Gewalt als politisches Stilmittel wird hierbei von allen Parteien (und auch den jeweiligen Mutterorganisationen) abgelehnt. Anders als die Muslimbrüder, die sich bereits seit den späten 1970er Jahren glaubhaft von Gewalt distanziert haben, wurde den salafistischen Gruppen allerdings immer wieder eine – zumindest ideologische – Nähe zu terroristischen Organisationen wie Al-Qaida nachgesagt. Die salafistischen Parteien waren daher besonders bemüht, sich als gewaltfreie politische Akteure zu präsentieren. Gewaltsame Übergriffe gegen Kopten und Zerstörungen von Heiligtümern der Sufi-Bewegung, die offenbar durch einzelne Salafisten erfolgten, wurden von einflussreichen salafistischen Predigern verurteilt. Tatsächlich blieben diese Aufrufe auch nicht ungehört. Vor allem die Zerstörung von Sufi-Schreinen im Frühjahr 2011 fand ein vorläufiges Ende.¹⁹

Der wohl wichtigste programmatische Unterschied zwischen den Parteien besteht in ihren jeweiligen Vorstellungen von der Implementierung und Anwendung des islamischen Rechts, der Scharia. Mit Ausnahme der Wasat-Partei, die sich in ihrer Programmatik nahezu vollständig säkular gibt, betonen alle Parteien die Bedeutung der Scharia als „Hauptquelle der Gesetzgebung“ (Parteiprogramm der Nur-Partei) bzw. als „Referenzrahmen“ (Wahlprogramm der FJP) für das Rechtssystem. Für sich genommen stehen diese Aussagen keineswegs im Widerspruch zur bisherigen ägyptischen Verfassung, in der das islamische Recht als wichtigste Quelle der Rechtsordnung genannt wird (Artikel 2). Bei der Frage nach der Auslegung dieser Bestimmung finden sich bei den einzelnen Parteien indes unterschiedliche Aussagen.

Die FJP betont in ihrem Wahlprogramm, dass die Scharia nur in „einigen wenigen Fällen“ konkrete Handlungsanweisungen und Vorgaben enthält und daher Spielraum für eine zeitgemäße Interpretation und Gesetzgebung besteht. Noch 2007 hatten die Muslimbrüder in einem Entwurf für ein Parteiprogramm die Forderung nach der Einsetzung einer Kommission aus islamischen Rechtsgelehrten erhoben, die über die religiöse Rechtmäßigkeit von Gesetzen wachen sollte.²⁰ Diese Forderung nach einem „religiösen Wächterrat“ findet sich im Parteiprogramm der FJP nicht wieder. Vielmehr wird nun der (gewählten) Legislative die zeitgemäße Auslegung überlassen. Auch die 2007 noch explizit erhobene Forderung, Frauen und Christen von den Ämtern des Staats- und Ministerpräsidenten auszuschließen, fand keinen Eingang in das Parteiprogramm.²¹

Die Nur-Partei geht hingegen auf die Auslegungsproblematik überhaupt nicht ein, sie ignoriert sie regelrecht. Hierdurch bleiben das Bekenntnis zu Menschenrechten und Meinungsfreiheit, aber auch die für eine salafistische Partei erstaunlich moderat klingenden Ausführungen zu den Rechten der koptischen Minderheit und der gesellschaftlichen Rolle der Frau äußerst widersprüchlich. Forderungen von Nur-Politikern nach Einführung von Hadd-Strafen wie dem Abhacken der Hand oder nach Abschaffung des Englischunterrichts an ägyptischen Schulen zeigen allerdings, dass in der Partei offenbar kaum Bereitschaft zur zeitgemäßen Auslegung der Scharia besteht.²² Zudem spricht die Partei – ebenso wie die Partei für Aufbau und Entwicklung – Kopten und Frauen das Recht ab, für das Präsidentenamt zu kandidieren.²³

Auch in Bezug auf wirtschaftliche Fragen gibt es erkennbare Unterschiede: Zwar fordern alle Parteien in ihren Programmen eine Mischung aus freier Marktwirtschaft und staatlichem Interventionismus, anders als bei der Wasat-Partei und der FJP finden sich bei der Nur-Partei und der Partei für Aufbau und Entwicklung jedoch auch Forderungen nach der Errichtung eines islamischen Wirtschaftssystems (wenn auch in sehr abgeschwächter Form). So kündigen die Nur-Partei und die Partei für Aufbau und Entwicklung die (schrittweise) Einführung eines islamischen Bankensystems zur Durchsetzung des islamischen Zinsverbots an. Darüber hinaus bleiben die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der beiden salafistischen Parteien allerdings weitgehend unpräzise. In ihren Programmen finden sich kaum Hinweise darauf, wie die ambitionierten wirtschaftspolitischen Agenden finanziert werden sollen. Anders bei der FJP: In ihrem Wahlprogramm

finden sich 21 konkrete Vorschläge zur Sanierung der Staatsfinanzen.²⁴

Besonders deutlich wird der politische Pragmatismus der vier Parteien auf dem Feld der Außenpolitik. In den Parteiprogrammen spielen außenpolitische Themen nur eine untergeordnete Rolle, und es wird weitgehend auf Ankündigungen verzichtet, die in der Realität kaum umzusetzen wären. So betonen zwar alle Parteien den grundsätzlichen regionalen Führungsanspruch Ägyptens und die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den afrikanischen Nilanrainerstaaten. In Bezug auf den Nahostkonflikt und das Verhältnis zu Israel bleiben sie indes auffällig vage. Besonders deutlich wird dies bei der Nur-Partei: In ihrem Programm finden sich diesbezüglich überhaupt keine Aussagen. Die drei anderen Parteien betonen zwar das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und sagen ihnen Unterstützung im „Widerstand gegen die zionistischen Besatzer“ (FJP) zu. Die explizite Forderung nach Abbruch der Beziehungen zu Israel oder der Aufkündigung des Friedensvertrages wird indes in keinem der Programme erhoben.

1.3. Spannungen innerhalb der Parteien und Bewegungen

Der Aufbau von Parteistrukturen und die damit verbundene Diversifizierung des islamistischen Spektrums wirkten sich auch auf die inneren Entwicklungen der einzelnen Parteien und Bewegungen aus. Dadurch, dass vormals vage Programmatiken konkretisiert und informelle Führungsstrukturen formalisiert werden mussten, traten Meinungsverschiedenheiten offen zu Tage. Besonders deutlich wurde diese Entwicklung bei der Muslimbruderschaft, bei der sich die seit Jahrzehnten schwelende Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Flügeln deutlich zuspitzte.

Seit den 1980er Jahren gab es in der Bruderschaft Konflikte zwischen Konservativen und Reformern. Erstere hielten am autoritären Führungsstil der Gründerjahre fest und traten für eine Konzentration auf die islamische Verkündigung (Da'wa) und (in diesem Zusammenhang) die sozialkaritative Arbeit ein, während die zweite Gruppe eine Öffnung gegenüber liberalen Werten und ein stärkeres politisches Engagement der Bruderschaft forderte. Höhepunkt dieses Konfliktes war der Austritt mehrerer Führungsmitglieder und die Gründung der Wasat-Partei im Jahr 1996. Trotzdem waren die Machtverhältnisse da-

nach innerhalb der Bruderschaft keineswegs eindeutig. 2005 konnten die Reformer offenbar einen Sieg erringen, als die Bruderschaft ein bemerkenswert liberales Wahlprogramm veröffentlichte.²⁵ 2007 mussten sie allerdings einen Rückschlag hinnehmen: In dem Entwurf zum neuen Parteiprogramm fanden sich zentrale Positionen der Konservativen wieder.²⁶ Anfang 2010 wurde mit Muhammad Badi` zudem ein Vertreter des konservativen Lagers zum neuen Murshid gewählt. Badi` stand für einen eher auf Kooperation ausgerichteten Kurs mit dem Mubarak-Regime,²⁷ keinesfalls aber für den aktiven politischen Widerstand, den die Reformer forderten.

Der Sturz Husni Mubaraks zwang das konservative Lager zum Umdenken. Der Führungszirkel um Muhammad Badi` machte Platz für ein mächtiges Dreiergespann, das seitdem die Führung der Muslimbruderschaft dominiert: Muhammed Mursi, Saad al-Katatni und Khairat al-Shatir. Letzterer war seit der Wahl von Muhammad Badi` zum Murshid dessen Stellvertreter und zudem seit Jahren der Finanzverwalter der Bruderschaft. Alle drei waren insofern dem Reformlager zuzurechnen, da sie für ein aktives politisches Engagement der Bruderschaft eintraten. Allerdings gehören alle drei keineswegs zu den progressiven Köpfen der Bewegung. Sie überließen zwar dem liberalen Reformer Issam al-Arian die Ausformulierung des Parteiprogramms der neu gegründeten FJP. Ihre Vorstellung einer kontrollierten, graduellen Transformation des politischen Systems stand allerdings im krassen Widerspruch zu den revolutionären Forderungen insbesondere vieler jugendlicher Mitglieder der Bewegung.

Aus Protest gegen diese „konservativen Reformer“ kehrten einige von ihnen der Bruderschaft den Rücken und gründeten eigene, im Vergleich zur FJP liberalere, Parteien. Die bekannteste Abspaltung ist die Ägyptische Richtungspartei (Hizb al-tayyar al-masri), die von führenden Mitgliedern der Jugendbewegung der Muslimbruderschaft gegründet wurde.²⁸ Sie vertritt einen (nahezu) säkularen Kurs und stellt die Gleichheit aller Bürger in den Vordergrund ihrer Programmatik. Ihre Gründung hatte die Suspendierung der Mitgliedschaft von 4.000 zu meist jungen Muslimbrüdern zur Folge.²⁹

Zu einem noch viel größeren Problem für die Bruderschaft als die Parteiabspaltungen entwickelte sich indes die Präsidentschaftskandidatur von Abd al-Mun'im Abu al-Futuh. Al-Futuh, einer der prominentesten Wortführer des progressiven Reformflügels, widersetzte sich der Füh-

rung der Bruderschaft, die sich 2011 aus strategischen Gründen gegen eine Kandidatur eines ihrer Mitglieder für das Präsidentenamt ausgesprochen hatte. Al-Futuh wurde umgehend aus der Bruderschaft ausgeschlossen, ein Vorgehen, das bei vielen Mitgliedern auf Unverständnis stieß und seiner außerordentlichen Popularität vor allem innerhalb der jüngeren Generation der Muslimbrüder keinen Schaden zufügte.

Interne Konflikte gab es nicht nur bei der Muslimbruderschaft, sondern auch bei den Salafisten. Aus Sorge, dass ein politisches Engagement die Bewegung spalten könnte, hatte eine Reihe salafistischer Scheichs bereits im Zuge der Parteibildung zwischen den verschiedenen salafistischen Gruppierungen vermittelt. Hierdurch konnte bei den Parlamentswahlen sichergestellt werden, dass Kandidaten der salafistischen Parteien nicht mit bekannten unabhängigen salafistischen Persönlichkeiten in den gleichen Wahlkreisen um Parlamentssitze konkurrierten.³⁰

Der Erfolg der Salafisten und insbesondere der Nur-Partei bei den Parlamentswahlen Ende 2011 darf jedoch keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass die Bewegung sowohl in Bezug auf die Entwicklung einer politischen Programmatik als auch in Bezug auf die Entwicklung von Parteistrukturen erst völlig am Anfang steht. Die politisch unerfahrene Führung der Nur-Partei orientierte sich daher zunächst an der FJP-Programmatik und sprach sich für einen graduellen politischen Wandel aus. Ähnlich wie im Fall der Muslimbruderschaft stieß dieses kompromissbereite Vorgehen gegenüber der Militärführung insbesondere bei jungen Mitgliedern der Bewegung auf Widerspruch.

Viele von ihnen fühlten sich vor allem aus diesem Grund zu dem salafistischen Anwalt und Prediger Muhammad Hazim Salah Abu Isma'il hingezogen, der die Militärführung scharf kritisierte, eine schnelle Übergabe der Macht an zivile Institutionen forderte und zudem für eine vergleichsweise moderne Form des Salafismus eintrat. Abu Isma'il hatte bereits im Mai 2011 seine Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten bekannt gegeben, und seitdem war seine Popularität stetig angewachsen. Für die Nur-Partei, die sich in Bezug auf die Präsidentenfrage der Position der Muslimbruderschaft angeschlossen hatte und auf die Ernennung eines eigenen salafistischen Kandidaten verzichtete, wurden Isma'is Ambitionen auf das Präsidentenamt zu-

nehmend zur Belastung. Nachdem sich auch der einflussreiche Konsultativrat der salafistischen Religionsgelehrten hinter Isma'ils Kandidatur gestellt hatte,³¹ protestierten viele Mitglieder der Nur-Partei gegen die ablehnende Haltung ihrer eigenen Führung und es kam zu einer Reihe von Parteiaustritten.³²

Die Situation beruhigte sich auch nicht, als Isma'il aus formalen Gründen von der Wahlkommission ausgeschlossen wurde. Im Gegenteil: Viele Anhänger Abu Isma'ils sahen in dieser Entscheidung eine politische Verschwörung gegen ihren Kandidaten und waren über die ausbleibende Solidarität seitens der salafistischen Parteien und der Führung der Da'wa al-Salafiya tief enttäuscht.

2. Islamisten als politische Akteure im Transformationsprozess

2.1. Die Strategie der graduellen Transformation

Nicht nur in ihren Programmen, auch in Bezug auf die Ausgestaltung der politischen Transformation entschieden sich die Islamisten für ein graduelles Vorgehen. Sie unterstützten den von der Militärführung forcierten Ablauf des Transformationsprozesses, der zunächst die Durchführung von freien Wahlen und erst in einem zweiten Schritt die Ausarbeitung einer neuen Verfassung vorsah. So wurde dem neu gewählten Parlament das Recht zugesprochen, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Diese sollte wiederum einen Verfassungstext erarbeiten, der schließlich der Bevölkerung zu Abstimmung vorgelegt werden sollte. Festgeschrieben wurde dieser „Fahrplan der Transformation“ durch eine Übergangsverfassung, zur Abstimmung über deren Annahme das Volk im Rahmen eines Referendums im März 2011 zu entscheiden hatte.³³

Während liberale und säkular-orientierte Kräfte sowie viele junge Aktivisten dieses komplizierte Vorgehen ablehnten und sich für einen sofortigen Verfassungsgebungsprozess aussprachen, warben die islamistischen Organisationen und Parteien über die von ihnen kontrollierten Moscheen und Fernsehkanäle mit aller Macht für die Zustimmung zur Übergangsverfassung. Prediger in einigen Moscheen des Landes erklärten die Zustimmung sogar zur religiösen Pflicht.³⁴ Letztlich sprachen sich über 77 Prozent der Wahlberechtigten für die Übergangsverfassung aus. Das Referendum brachte somit den ersten

Wahlsieg für die Islamisten und war ein Beweis ihrer Fähigkeit zur Massenmobilisierung.

Hinter dem vehementen Eintreten für schnelle Wahlen stand offenbar die Angst der Islamisten vor nicht zu kontrollierenden „revolutionären Eigendynamiken“ bei der Verfassungsgebung. Über eine klare Mehrheit im Parlament versprachen sie sich, den Verfassungsgebungsprozess in ihrem Sinne steuern zu können. Diesem Vorgehen unterlagen zwei zentrale Prämissen: Zum einen ging das islamistische Lager davon aus, dass es aus freien Wahlen als stärkste politische Kraft hervorgehen würde. Insbesondere die Muslimbruderschaft fühlte sich ihrer Unterstützung durch die Bevölkerung sicher und vertraute auf die eigenen exzellenten Organisationsstrukturen, die zur Wählermobilisierung eingesetzt werden konnten. Zum anderen schienen die Islamisten offenbar eine Einigung mit der Militärführung in Bezug auf die zukünftige Machtkonstellation in Ägypten für möglich zu halten. Offenbar war man durchaus dazu bereit, die zahlreichen Privilegien des Militärs (zumindest zunächst) zu akzeptieren und hoffte im Gegenzug auf einen schnellen Rückzug der Militärführung aus der politischen Verantwortung.³⁵

Die Strategie der Islamisten schien zunächst aufzugehen. Die Parlamentswahlen, die zwischen November 2011 und Januar 2012 abgehalten wurden, waren vor allem für die FJP und die Nur-Partei ein voller Erfolg. Beide Parteien konnten zusammen nahezu zwei Drittel der Parlamentsmandate gewinnen, wobei über 43 Prozent der Sitze an die FJP und 22 Prozent an die Nur-Partei gingen.³⁶ Obwohl Muslimbrüder und Salafisten im Wahlkampf getrennt aufgetreten waren, arbeiteten sie im Parlament bei wichtigen Entscheidungen zunächst zusammen. Deutlich wurde dies vor allem bei der Diskussion über die Verfassungsgebende Versammlung. Beide Parteien verständigten sich auf einen Schlüssel für deren Zusammensetzung.³⁷ Aus Protest gegen dieses kompromisslose Vorgehen wurde die Wahl der Versammlungsmitglieder, die in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Parlaments erfolgte, von den liberalen und säkular ausgerichteten Parteien und unabhängigen Abgeordneten boykottiert.

Das islamistische Lager und allen voran die Muslimbruderschaft hatten allerdings nicht mit den rechtlichen Hürden gerechnet, die ihre Strategie der graduellen Transformation mit sich brachte. Vor allem

aber gelang das einkalkulierte Machtteilungsarrangement mit der Militärführung nicht. Vielmehr nutzte die Militärführung die komplizierten rechtlichen Rahmenbedingungen zu ihrem Vorteil. Im April 2012 wurde die Zusammensetzung der von den Islamisten dominierten Verfassungsgebenden Versammlung durch das oberste ägyptische Verwaltungsgericht für gesetzeswidrig erklärt und durch die Militärführung aufgelöst. Zudem weigerte sich die Militärführung mit Verweis auf die Übergangsverfassung hartnäckig, der FJP nach den Parlamentswahlen die Regierungsverantwortung zu übertragen. Realpolitisch hatten die Islamisten mit ihrem überragenden Wahlsieg somit nichts gewonnen.

Durch den stockenden Verfassungsgebungsprozess rückten die Präsidentschaftswahlen in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Vor allem die Muslimbrüder wurden hiervon überrascht. Sie hatten dem Präsidentenamt bislang nur wenig Bedeutung beigemessen und bereits im Frühjahr 2011 angekündigt, auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten verzichten zu wollen.³⁸ Sie waren überzeugt davon, über die Verfassungsgebende Versammlung eine Stärkung der Befugnisse des Parlaments im zukünftigen politischen System erreichen zu können. Der Staatspräsident sollte ihren Plänen zufolge einen Großteil seiner bisherigen Befugnisse verlieren und Ägypten langfristig sogar ein parlamentarisches Regierungssystem erhalten. Die Führung der Muslimbruderschaft sah sich daher zu einem dramatischen Kurswechsel gezwungen.

Entgegen ihrer ursprünglichen Festlegung nominierte sie kurz vor Ende der Registrierungsfrist Khairat al-Shatir als Präsidentschaftskandidaten. Der Vorsitzende der FJP Muhammad Mursi wurde als Ersatzkandidat aufgestellt, da al-Shatirs Kandidatur rechtlich umstritten war.³⁹ Tatsächlich wurde al-Shatirs Nominierung trotz heftiger Proteste von der Bruderschaft durch die Wahlkommission abgelehnt und der in weiten Teilen der Bevölkerung bislang unbekannte Mursi musste seinen Platz einnehmen.

Der Kurswechsel der Muslimbrüder-Führung stieß bei vielen Mitgliedern, aber auch innerhalb der Führung selbst auf Unverständnis, nicht zuletzt, da Abd al-Mun'im Abu al-Futuh als Reaktion auf seine Kandidatur aus der Bruderschaft ausgeschlossen worden war.⁴⁰ Mehr noch sahen sich aber die salafistischen Parteien und Organisationen düpiert. Sie fühlten sich durch den Kurswechsel übergangen und be-

trachteten die Aufstellung eines eigenen Kandidaten als Versuch der Bruderschaft, den politischen Prozess nun mit allen Mitteln dominieren zu wollen. Insbesondere die Nur-Partei und die mit ihr eng verbundene Da'wa al-Salafiya grenzten sich folglich von der Muslimbruderschaft ab. In einer gemeinsamen Erklärung stellten sie sich hinter die Kandidatur des liberal-islamistischen Abu al-Futuh, den Hauptkonkurrenten Mursis unter den islamistischen Präsidentschaftskandidaten.⁴¹ Und auch die Führung der Jama'a Islamiya versicherte al-Futuh ihre Unterstützung.

Infolge dessen kam es im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen Ende Mai 2012 zur Spaltung der Stimmen des islamistischen Lagers: Auf Mursi, der als Sieger aus dem Wahlgang hervorging, entfielen 25 Prozent der Stimmen und auf Abu al-Futuh rund 17 Prozent. Im zweiten Wahlgang, der Mitte Juni zwischen Mursi und dem zweitplatzierten Ahmad Shafiq – einem prominenten Vertreter des Mubarak-Regimes – abgehalten wurde, stellte sich das islamistische Lager zwar weitgehend geschlossen hinter den Kandidaten der Muslimbruderschaft, der Sieg Mursis fiel allerdings mit 52 Prozent der Stimmen denkbar knapp aus. Obgleich es sich bei den Präsidentschaftswahlen um eine Personenwahl handelte, spiegelten sich hierin zumindest zum Teil auch die offenkundig schwindenden Popularitätswerte der islamistischen Parteien und Gruppierungen in der Bevölkerung wider. Insbesondere das kompromisslose Vorgehen der Islamisten bei der Bildung der Verfassungsgebenden Versammlung hatte viele Ägypter enttäuscht.⁴²

Noch problematischer als der erkennbare Popularitätsverlust war für die Islamisten indes, dass es erneut zu einer Intervention der Gerichte in den Ablauf des Transformationsprozesses kam. Zwei Tage vor der Stichwahl um das Präsidentenamt erklärte das ägyptische Verfassungsgericht das Wahlgesetz, das der Wahl zum ägyptischen Unterhaus zugrunde lag, als verfassungswidrig. Der Hohe Militärrat löste daraufhin das Unterhaus auf und übertrug sich selbst in Form einer Verfassungserklärung weitgehende legislative Rechte. Zudem behielten sich die Generäle faktisch ein Vetorecht im Verfassungsgebungsprozess vor. Der Handlungsspielraum des neuen Präsidenten Muhammad Mursi wurde hierdurch deutlich beschränkt. Einmal mehr hatte sich somit die Strategie der Islamisten und allen voran der Muslimbruderschaft, den Transformationsprozess graduell, unter Beibehaltung des bestehenden rechtlichen Rahmens durchzuführen, gegen sie gewendet.

2.2. *Al-Azhar als unbequemer Gegenspieler*

Der Versuch der Islamisten, die politische Macht in Ägypten zu übernehmen, wurde auch dadurch erschwert, dass sie die religiöse Infrastruktur des Landes nur bedingt für ihre Zwecke nutzen konnten. Bereits in den letzten Jahren der Mubarak-Ära war offensichtlich gewesen, dass ein Großteil der bis zu 100.000 Moscheen des Landes von den Islamisten kontrolliert wurde.⁴³ Nach dem Zusammenbruch des alten Regimes dürfte sich ihr Einfluss auf die Moscheen noch erhöht haben. Allerdings gelang es Muslimbrüdern und Salafisten bislang nicht, die wichtigste religiöse Institution des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen – die Azhar.

Die Azhar ist die bedeutendste religiöse Hochschule des sunnitischen Islam weltweit und zudem eine anerkannte Autorität für die Erstellung religiöser Rechtsgutachten. Seit 1961 wurde sie qua Gesetz durch den Staat kontrolliert. Der Staatspräsident und das Ministerium für religiöse Stiftungen waren für die Ernennung des Großscheichs der Azhar (Shaikh al-Azhar) und zentraler Positionen der Universität zuständig. Zudem verwaltete der Staat ihre Finanzen. Die Azhar war somit de facto zur staatlichen Bildungsinstitution geworden, an der Religionsgelehrte und Imame im Sinne der politischen Führung ausgebildet wurden. Über die Kontrolle der Islamischen Forschungsakademie (Majma' al-buhuth al-islamiya), der Abteilung für die Erstellung von Rechtsgutachten, konnte der Staat zudem indirekt auch Einfluss auf die Auslegung des islamischen Rechts nehmen. Zwar gab es Phasen, in der sich die Lehr- und Rechtsmeinung der Azhar von staatlichen Positionen unterschied, insgesamt bildete sie aber ein machtvolleres, „islamisches“ Gegengewicht zur islamistischen Opposition unter Führung der Muslimbruderschaft. Allerdings waren auch an der Azhar zu jeder Zeit die verschiedenen im Land anzutreffenden islamischen Strömungen vertreten. Mitglieder des Lehrkörpers, die den Muslimbrüdern oder Salafisten nahestanden bzw. angehörten, hatten aber nicht die Macht, ihre Positionen gegen die staatlich ernannte Führung der Azhar durchzusetzen.

Der Großscheich der Azhar, Ahmad al-Tayib, war in den ersten Monaten des Jahres 2011 sichtlich bemüht, seine Institution als politisch unabhängigen Akteur darzustellen. Dieses Bestreben war nicht zuletzt dadurch motiviert, dass er selbst fürchten muss, unter einer neuen politischen Führung seines Amtes enthoben zu werden. Insbe-

sondere Vertreter des islamistischen Spektrums hatten immer wieder die Nähe der Azhar-Führung zum alten Regime kritisiert. Die Azhar-Führung verfolgte daher eine Doppelstrategie: Zum einen versuchte sie, ihre Beziehungen zur Muslimbruderschaft, aber auch zu einflussreichen Scheichs der Salafisten zu verbessern.⁴⁴ Zum anderen war sie bemüht, sich gegenüber der Bevölkerung als unabhängig islamische Autorität zu präsentieren, die sich nicht in die politischen Bestrebungen der islamistischen Akteure und des Staates einbinden lässt.

Letzteres wurde besonders in der so genannten Azhar-Deklaration deutlich, einem Dokument, das von der Azhar-Führung im Zuge der Diskussion über die zukünftige ägyptische Verfassung im Juni 2011 veröffentlicht wurde.⁴⁵ In der Deklaration stellte sich die Azhar-Führung zwar hinter die Forderung des islamistischen Spektrums nach Beibehaltung der Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung, schloss sich aber nicht der salafistischen Forderung nach grundsätzlicher Umgestaltung der Gesellschaft gemäß fundamentalistisch-islamischer Vorstellungen an.

Diese moderate Haltung stieß im liberalen und säkular orientierten politischen Lager auf große Zustimmung. Muslimbrüder und Salafisten reagierten indes verhalten. Sie begrüßten zwar ebenfalls den moderierenden Ansatz der Azhar-Führung, betonten aber zugleich, dass es sich bei dem Dokument nicht um eine bindende Vereinbarung handle. Besonders die Passagen des Dokuments, in denen es um die Rolle der Azhar selbst geht, dürften aus ihrer Sicht problematisch gewesen sein. So werden in der Deklaration die politische Unabhängigkeit der Azhar und ihre Anerkennung als „die zuständige Stelle für Angelegenheiten des Islam, seiner Wissenschaften, seines kulturellen Erbes und der Rechtsfindung in der islamischen Jurisprudenz“ gefordert. Dem politischen Gestaltungsspielraum der islamistischen Parteien würden hierdurch Grenzen gesetzt.

Der Militärführung kam dieses selbstbewusste Auftreten der Azhar-Führung gegenüber dem islamistischen Lager gelegen. Zwar schlug die Azhar auch gegenüber den Generälen kritischere Töne an, als dies im Mubarak-Regime der Fall war, stellte aber grundsätzlich deren Autorität nicht in Frage. Um Großscheich al-Tayib auch gegenüber einer neuen politischen Führung zu stärken, erließ der Hohe Militärerrat daher nur vier Tage vor der konstituierenden Sitzung des neu ge-

wählten Parlaments ein (offenbar von der Azhar-Führung selbst ausgearbeitetes) Gesetz, in dem die Wahl des Großscheichs neu geregelt wurde. Nicht der Staatspräsident soll hiernach zukünftig den Großscheich der Azhar bestimmen, sondern ein Gremium führender islamischer Gelehrter (Hai'at kibar al-ulama'), das sich vor allem aus der Führung der Azhar selbst konstituiert. Vertreter der islamistischen Parteien, aber auch jüngere Azhar-Gelehrte kritisierten dieses Gesetz auf das Schärfste. Aufgrund der mangelnden Einbeziehung des Parlaments kündigten führende Muslimbrüder sogar den Gang vor das Verfassungsgericht an.⁴⁶

Der Konflikt zwischen den islamistischen Parteien und der Azhar-Führung erreichte mit der Konstituierung der Verfassungsgebenden Versammlung im März 2011 seinen vorläufigen Höhepunkt. FJP und Nur-Partei, die aufgrund ihrer Mehrheit in den beiden Häusern des ägyptischen Parlaments über die Zusammensetzung der verfassungsgebenden Versammlung entscheiden konnten, gestanden der Azhar lediglich die Entsendung eines einzelnen Vertreters in das hundertköpfige Gremium zu. Zudem wurde die Azhar-Deklaration als Grundlage für die neue Verfassung ignoriert. Als Reaktion gab die Azhar-Führung ihren Rückzug aus der verfassungsgebenden Versammlung bekannt und stellte sich hierdurch auf die Seite des liberalen politischen Spektrums.⁴⁷

2.3. Das Verhältnis der Islamisten zur ägyptischen Wirtschaft

Der Zusammenbruch des Mubarak-Regimes ermöglichte nicht nur ein legales politisches Engagement der Islamisten, sondern auch eine Neupositionierung in ihrem Verhältnis zur ägyptischen Wirtschaft. Unter Mubarak war es für Anhänger und Mitglieder der Muslimbruderschaft überaus schwierig, offen unternehmerisch tätig zu sein. Zwar war bekannt, dass gerade kleine und mittelständische Unternehmer oftmals mit der Bruderschaft sympathisierten, zur Wirtschaftselite hatten die Islamisten allerdings kaum Zugang. Die ägyptischen Großunternehmer standen zumeist dem Mubarak-Regime nahe oder vermieden den Kontakt zur islamistischen Opposition, aus Angst vor dem Verlust ihrer wirtschaftlichen Privilegien.

Bei der letzten großangelegten Verhaftungswelle des Mubarak-Regimes im Jahr 2007 waren insbesondere in der Wirtschaft aktive Führungspersonen der Bruderschaft im Visier der Sicherheitskräfte, dar-

unter Khairat al-Shatir und Hassan Malik. Beide galten als überaus erfolgreiches Unternehmergepaar und heimliche Finanzverwalter der Bewegung. Ihnen war es offenbar gelungen, trotz der staatlichen Repression das Vermögen der Bruderschaft, das sich vor allem aus den Mitgliedsbeiträgen speist,⁴⁸ erfolgreich zu vermehren. Beide waren nach ihrer Freilassung 2011 auch die wichtigsten Akteure in Bezug auf den Ausbau der Beziehungen der Bruderschaft zur ägyptischen Wirtschaft.

Malik war treibende Kraft bei der Gründung der Egyptian Business Development Association (EBDA), einer Vereinigung von Unternehmen, die den Muslimbrüdern nahe stehen. Zwar will sich die EBDA vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, der Kernklientel der Muslimbruderschaft einsetzen, allerdings bemüht sie sich offensiv auch um Kontakte zur Wirtschaftselite. So finden sich im fünfzehnköpfigen Vorstand der Vereinigung auch einige Großunternehmer wieder, darunter Safwat Thabet, Gründer und Hauptanteilseigner der Juhayna Gruppe, des größten Molkereiunternehmens in Ägypten. Thabet ist einer der wenigen ägyptischen Großunternehmer, dem bereits unter Mubarak Verbindungen zur Muslimbruderschaft nachgesagt wurden. Er gilt als hervorragend vernetzt und scheint als Vermittler zwischen Muslimbrüdern und etablierter Wirtschaftselite zu fungieren. Allerdings stehen entsprechende Bemühungen, Netzwerke aufzubauen, erst völlig am Anfang. Das Misstrauen innerhalb der etablierten Wirtschaftselite gegenüber den Islamisten scheint groß. Viele Großunternehmer haben Ägypten verlassen oder zumindest Teile ihrer Vermögenswerte ins sichere Ausland transferiert. Die Ablehnung weiter Teile der Wirtschaftselite gegenüber dem islamistischen Lager zeigte sich auch bei den Präsidentschaftswahlen: Zahlreiche Unternehmer unterstützten den säkularen Kandidaten Ahmad Shafiq.

Die EBDA ist auch um den Aufbau von Beziehungen zu internationalen Unternehmen bemüht. Bereits 2011 gab es mehrere Treffen zwischen Khairat al-Shatir und Vertretern internationaler Banken und Investmentgesellschaften.⁴⁹ Besonders bemüht sind die Gründer der EBDA um die Beziehungen zur türkischen Wirtschaft und zu türkischen Unternehmerverbänden. Der islamisch-konservative türkische Unternehmerverband MÜSIAD ist einer der wichtigsten Kooperationspartner der neuen Unternehmervereinigung.⁵⁰ Die guten Verbindungen zum türkischen Unternehmerlager erklären sich zum einen aus der Vorbildfunktion, die die Türkei insbesondere auch in Bezug auf

ihr Wirtschaftsmodell für viele gemäßigte Islamisten hat. Zum anderen bestanden bereits in der Vergangenheit offenkundig zahlreiche Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmern der Muslimbruderschaft und türkischen Großunternehmern. Bekanntestes Beispiel ist das von Khairat al-Shatir und Hassan Malik gegründete Möbelunternehmen Istikbal, ein Tochterunternehmen der türkischen Möbelkette Istikbal, die wiederum zum Unternehmensimperium der als islamisch-konservativ geltenden Unternehmerfamilie Boydak gehört.⁵¹ Diese Geschäftsbeziehungen könnten künftig noch ausgebaut werden, wie Pressemeldungen über ein geplantes Joint-Venture zwischen Unternehmern der Muslimbruderschaft und einer türkischen Einzelhandelskette zeigen.⁵²

Die Beziehungen der Salafisten in die private Wirtschaft sind weniger entwickelt als die der Muslimbruderschaft. Doch auch hier gibt es Hinweise auf Verbindungen insbesondere zum ägyptischen Mittelstand. Immerhin 28 Mitglieder der salafistischen Parlamentsfraktion gelten als mittelständische Unternehmer mit Wirtschaftsaktivitäten im Medien- und Marketingbereich, aber auch in der Landwirtschaft und im Einzelhandel.⁵³ Und auch außerhalb des Parlaments gibt es einige Unternehmer mit salafistischem Hintergrund wie etwa Rajab al-Sawirki, der Eigentümer der bekannten Einzelhandelskette Al-Tawhid wal-Nur. Ob es allerdings den salafistischen Parteien und Gruppierungen gelingen kann, mit ihrer vergleichsweise diffusen Programmatik Mitglieder des ägyptischen Großkapitals für sich zu gewinnen, bleibt abzuwarten.

Fazit und Ausblick

Durch das Ende des Mubarak-Regimes wurde in Ägypten für islamistische Akteure der Weg für ein formales politisches Engagement frei gemacht. Hierdurch hat allerdings auch ein Diversifizierungsprozess des islamistischen Akteursspektrums eingesetzt: Neben der Muslimbruderschaft, der bislang dominierenden Kraft im islamistischen Lager, haben seit 2011 salafistische Organisationen damit begonnen, sich zu organisieren. Vor allem die salafistische Nur-Partei war diesbezüglich erfolgreich. Bei den Parlamentswahlen konnten sie als mit Abstand zweitstärkste Kraft mehr als nur einen Achtungserfolg für sich verbuchen.

Wird das islamistische Lager in Ägypten also zukünftig von zwei großen Parteien dominiert? Nicht unbedingt, denn die Ausdifferenzierung des islamistischen Akteursspektrums ist noch lange nicht beendet. Gerade bei den Salafisten deuten sich weitere Parteieugründungen und Parteispaltungen an. Durch die Herausbildung von formalen Organisations- und Parteistrukturen, vor allem aber durch die Entwicklung einer eigenen politischen Programmatik lassen sich ideologische Unterschiede – so marginal sie auch sein mögen – nicht mehr verdecken. Ob es einer einzelnen salafistischen Partei wie der Nur-Partei auch künftig gelingen kann, die meisten salafistischen Stimmen auf sich zu vereinen, bleibt daher abzuwarten.

Die Muslimbrüder haben im Unterschied zu den Salafisten den Vorteil, dass sie bereits seit Jahrzehnten über gut funktionierende Organisationsstrukturen und offenbar auch über entsprechende finanzielle Ressourcen verfügen. Zudem wird in der Bruderschaft seit Jahren eine Debatte über die programmatische Ausrichtung der Organisation geführt. Hierdurch war es für sie möglich, schneller als die Salafisten ein ausdifferenziertes und glaubwürdiges Parteiprogramm vorzulegen. Allerdings sind die Muslimbrüder in der Post-Mubarak-Ära nicht mehr konkurrenzlos. Obgleich gegenwärtig vor allem die Salafisten als Konkurrenz wahrgenommen werden, könnte die eigentliche Herausforderung für sie aus einer anderen Richtung kommen: Die Popularität des ehemaligen Mitglieds der Muslimbruderschaft Abd al-Mun'im Abu al-Futuh zeigt, dass in der politischen Landschaft Ägyptens auch Platz für eine bürgerlich-islamische Alternative zur Muslimbruderschaft und ihrer FJP sein könnte. Eine solche Partei könnte womöglich auch viele Anhänger der bislang politisch kaum organisierten Sufi-Bewegung ansprechen.⁵⁴

Bemerkenswert ist, dass alle hier untersuchten islamistischen Parteien und Organisationen in ihrem politischen Handeln bislang als moderate Akteure in Erscheinung treten. Moderat sind sie insofern, als dass sie bereit sind, innerhalb der bestehenden politischen Ordnung zu agieren und Gewalt als politisches Stilmittel ablehnen.⁵⁵ Zudem gehen sowohl die Muslimbrüder als auch die salafistischen Organisationen und Parteien graduell vor. Veränderungen sollen demzufolge nicht gegen den Willen der ägyptischen Mehrheitsgesellschaft herbeigeführt werden. Und auch in ihren außenpolitischen Agenden treten die Islamisten bislang pragmatisch auf. Alle im Parlament vertretenen Parteien setzten eher auf außenpolitische Kontinuität denn auf Kon-

frontation. Hieran gemessen könnten sich selbst die salafistischen Parteien zu Partnern deutscher und europäischer Außenpolitik entwickeln – zumindest sollte diese Möglichkeit nicht von vorneherein kategorisch ausgeschlossen werden.

Das politische Vorgehen der Islamisten war bislang jedoch nur begrenzt erfolgreich. Zwar konnten Muslimbrüder und Salafisten die Parlamentswahlen für sich entscheiden, aber das Parlament wurde wenige Monate nach der konstituierenden Sitzung durch das ägyptische Verfassungsgericht aufgelöst. Der Sieg des Kandidaten der Muslimbruderschaft bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen ist zweifellos ein Erfolg für das islamistische Lager, aber Muhammad Mursis politischer Handlungsspielraum wurde durch die Militärführung stark eingeengt. Hinzu kommt, dass der Vormarsch der Islamisten auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen auf Widerstand stößt. Der religiöse und damit in weiten Teilen auch gesellschaftspolitische Diskurs wird in Ägypten nach wie vor nicht nur durch Muslimbrüder und Salafisten, sondern auch durch die Azhar geprägt, deren Führung erfolgreich auf ihre Unabhängigkeit pocht. In der Wirtschaft wiederum kommt der Aufbau von Netzwerken nur langsam voran. Zwar deutet sich an, dass gerade Unternehmer aus dem Kreis der Muslimbruderschaft in der Wirtschaftselite Fuß fassen können, ein umfassender Elitenwandel hat jedoch noch nicht eingesetzt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Islamisten ihren moderaten, pragmatischen Politikstil dauerhaft beibehalten werden. Im Falle der auf der politischen Bühne etablierten Muslimbrüder besteht diesbezüglich weniger Grund zum Zweifeln. Sie bekannten sich bereits in der Vergangenheit glaubwürdig zur Arbeit innerhalb der Institutionen und zu einer langfristigen Strategie. Zudem dürfte spätestens mit der Auflösung des Parlaments und der Intervention der Militärführung in den Verfassungsgebungsprozess für die Führung der Muslimbrüder deutlich geworden sein, dass sie auf die Kooperation mit den liberalen und säkular-orientierten politischen Kräften angewiesen sind, um sich gegenüber dem Militär langfristig behaupten zu können. Hingegen ist nicht auszuschließen, dass Akteure aus dem salafistischen Spektrum, wenn sie politisch keine Akzente setzen können und ein Erfolg ihres Engagements, auch was den zeitlichen Rahmen betrifft, nicht absehbar ist, den graduellen Ansatz und den moderaten, pragmatischen Politikstil künftig in Frage stellen. Zudem

ist gerade bei den Salafisten vollkommen offen, wie kompromissbereit sie in der politischen Praxis bei gesellschaftspolitischen Fragen sein werden.

- 1| *Vor 2007 war ein solches Engagement zwar rechtlich möglich, faktisch wurde aber entsprechenden Parteien die Lizenzierung verweigert.*
- 2| *Bei den Parlamentswahlen 2010, die nur knapp zwei Monate vor dem politischen Umbruch durchgeführt worden waren, wurden die Muslimbrüder durch polizeistaatliche Repressionen und massive Wahlfälschung nahezu gänzlich aus dem Parlament gedrängt.*
- 3| *Die Verfassungserklärung wurde im Anschluss an das am 19.3.2011 durchgeführte Verfassungsreferendum abgegeben. In dem Verfassungsreferendum hatte die ägyptische Bevölkerung einer Änderung der Verfassung in zentralen Punkten zugestimmt. Die Verfassungserklärung des Militärrats bildet die rechtliche Grundlage für den politischen Transformationsprozess, in dem eine völlig neue Verfassung erarbeitet werden soll.*
- 4| *Vgl. zu diesen Parteien die Auflistung im Anhang, Länderrubrik Ägypten (I. Grunddaten).*
- 5| *Zum Engagement der Muslimbrüder in den Berufsgenossenschaften vgl. Zahid, Mohammed: The Muslim Brotherhood and Egypt's succession crisis, New York 2010, S. 100 ff.*
- 6| *Vgl. zur Partei das Kurzprofil im Anhang.*
- 7| *Anders als in vielen öffentlichen Darstellungen vermittelt, ist Rafiq Habib kein Mitglied der koptischen Kirche, sondern hat einen protestantisch-evangelikalischen Hintergrund. Vgl. Fu'ad, Sayyidah: Dr. Rafiq Samuel Habib: A Coptic intellectual on current issues in Egyptian political and social matters, Kairo: The Center for Intercultural Dialogue and Translation 2011.*
- 8| *Vgl. Egypt News, Kairo, 30.4.2011 (Egypt MB announce party chief, seek 50 Pct of parliament).*
- 9| *Vgl. Stacher, Joshua A.: Post-Islamist ramblings in Egypt: The emergence of the Wassat Party, in: The Middle East Journal, Washington D.C., Band 56, Nr. 3, 2002, S. 415-432, hier: S. 415.*
- 10| *Vgl. zur Partei das Kurzprofil im Anhang.*
- 11| *Vgl. Al-Ahram, Kairo, 2.7.2011 (Beitrag in Arabisch; „In den ersten Wahlen zur Bestimmung der Führung der Da'wa al-Salafiya wurde Abu Idris zum Generalsekretär und Burhami und Abd al-Asim zu seinen beiden Stellvertretern gewählt“).*
- 12| *Imad Abd al-Ghafur gehörte zwar offenbar zu den Gründungsmitgliedern der Da'wa al-Salafiya, war allerdings um die Jahrtausendwende in die Türkei ausgewandert und erst kurz vor Beginn des politischen Umbruchs nach Ägypten zurückgekehrt. Vgl. Lacroix, Stéphane: Sheikhs and politicians: Inside the new Egyptian Salafism, Doha: Brookings Doha Center Policy Briefing, Juni 2012, S. 3.*
- 13| *Vgl. Gate Ahram, 22.10.2011 (Beitrag in Arabisch; „Bekanntmachung des Bündnisses zwischen den Parteien „al-Nur“, „Aufbau und Entwicklung“ und „al-Asala“ zur Teilnahme an den Wahlen“), <http://gate.ahram.org.eg/News/129604.aspx> (letzter Abruf: 28.8.2012).*
- 14| *Vgl. die englischsprachige Webseite Jadaliyya. Islamic Bloc (Alliance for Egypt), 18.11.2011, <http://www.jadaliyya.com/pages/index/3172/islamist-bloc-%28alliance-for-egypt%29> (letzter Abruf: 28.8.2012).*

- 15] Die Stellungnahmen des Rats finden sich auf dessen Webseite <http://www.shora-alolamaa.com/eg> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 16] Vgl. auch Brown, Jonathan: *Salafis and Sufis in Egypt*, Washington D.C.: Carnegie Endowment, Dezember 2011.
- 17] Letzteres wird bereits am Umfang der jeweiligen Parteiprogramme deutlich: Während das Parteiprogramm der FJP über 90 Seiten umfasst, kommt die Partei für Aufbau- und Entwicklung der Jama'a Islamiya auf nur rund 20 Seiten. Für einen ersten Überblick über die Ausrichtung der einzelnen Parteien vgl. die Webseite des Carnegie Endowment for International Peace zum Transformationsprozess in Ägypten: *Guide to Egypt's transition: Parties and alliances*, <http://egyptelections.carnegieendowment.org/category/political-parties> (letzter Abruf: 28.8.2012) und Gemeinder, Sahra/Jacobs, Andreas/Trepesch, Elisabeth: *Parteienmonitor Ägypten 2011 – aktualisierte Version, Länderbericht Ägypten*, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 27.11.2011, <http://www.kas.de/aegypten/de/publications/29524> (letzter Abruf: 28.8.2012). Die Analyse des vorliegenden Textes berücksichtigt nur die vier (mit Abstand) größten Parteien, die FJP, die Nur-Partei, die Wasat-Partei und die Partei für Aufbau und Entwicklung. Für die kleineren Parteien liegen ausführlichere Texte, in denen sie programmatische Aussagen machen, zum Teil noch gar nicht vor.
- 18] Vgl. Hizb al-nur: *al-As'ila al-sha'i'a*, <http://www.alnourparty.org/page/answer> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 19] Vgl. Brown (2011), a.a.O. (Anm. 16), S. 10.
- 20] Vgl. Lübben, Ivesa, *Die Muslimbruderschaft und der Widerstand gegen eine dynastische Erbfolge in Ägypten*, GIGA Focus, Hamburg, Nr. 5, 2009.
- 21] Obgleich Politiker der Muslimbruderschaft betonen, dass aus ihrer Sicht Frauen und Kopten ungeeignet für das Präsidentenamt sind. Vgl. *Egypt Independent*, Kairo, 20.2.2011 (Muslim Brotherhood member: Copts and women 'unsuitable for presidency').
- 22] Vgl. Al-Masri al-Youm, Kairo, 10.3.2012 (Beitrag Arabisch; „Das Gesetzesvorhaben „Hadd-Strafen“ entfacht eine Kontroverse in den politischen Kreisen“). Die Partei für Aufbau und Entwicklung ist diesbezüglich eindeutiger: Sie fordert die Einführung von Hadd-Strafen in ihrem Parteiprogramm. Zur Forderung der Abschaffung des Englischunterrichts an ägyptischen Schulen vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=ejbEQqTPULc> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 23] Vgl. *bikyamasr*, Kairo, 3.1.2012 (*Egypt's al-Nour Salafists say no to Coptic president*), <http://bikyamasr.com/52554/egypts-al-nour-salafists-say-no-to-coptic-president> (letzter Abruf: 28.8.2012). Insgesamt präsentiert sich die Nur-Partei aber in Bezug auf die Rechte von Frauen und Kopten liberaler als die Da`wa al-Salafiya., was offenbar auch zu Konflikten zwischen Partei und Mutterorganisation geführt hat. Vgl. Lacroix (2012), a.a.O (Anm. 12), S. 6 ff.
- 24] Diese reichen vom Ausbau des Erdgasversorgungsnetzes bis zur Abschaffung von Energiesubventionen für energieintensive Industrien und einer Reform der Einkommenssteuer.
- 25] Hierin wird das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit ebenso betont wie der Schutz grundlegender ziviler und politischer Rechte und die Vorteile eines parlamentarischen Regierungssystems. Zur Programmdebatte innerhalb der Bruderschaft vgl. auch Rutherford, Bruce K.: *Egypt after Mubarak*, Princeton 2008, S. 163 ff.
- 26] Vgl. für eine Analyse des Programmentwurfs von 2007 Lübben (2009), a.a.O. (Anm. 20).

- 27| Ihm werden sogar Absprachen mit der politischen Führung unter Mubarak nachgesagt. Vgl. *The National*, New York, 24.8.2011 (*Fault lines in Egypt's Muslim Brotherhood*).
- 28| Weniger bekannte Abspaltungen sind die Partei der Erneuerung (*Hizb al-nahda*), der auch der ehemalige stellvertretende Murshid Muhammad Habib beigetreten ist, und die Partei der Führung (*Hizb al-riada*) um das ehemalige Führungsmitglied der Bruderschaft Haytham Abu Khalil. Vgl. *al-Anani, Khalil: The role of religion in the public domain in Egypt after the January 25 revolution*, Doha: Arab Center for Research and Policy Studies 2012, S. 33 ff.
- 29| Ebenda, S. 41.
- 30| Vgl. *Al-Ahram Weekly*, Kairo, 17.–23.11.2011 (*One hand in the elections*). Allerdings kam es sehr wohl zum Wettbewerb zwischen salafistischen Kandidaten und Kandidaten der FJP.
- 31| Vgl. die 29. Erklärung des Rats der Religionsgelehrten vom 24.3.2012, <http://www.shora-alolamaa.com/eg/play.php?catsmktba=66> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 32| Vgl. *Asharq Alawsat (Englisch)*, London, 9.4.2012 (*Egypt: Dissension in the ranks of Al-Nur Party*).
- 33| Vgl. zu den Hintergründen und der Ausgestaltung der Übergangsverfassung und des Verfassungsgebungsprozesses Moustafa, Tamir: *Drafting Egypt's new constitution: Can a new legal framework revive a flawed transition?*, Doha/Katar: Brookings Doha Center, März 2012, <http://www.brookings.edu/research/papers/2012/03/12-egypt-constitution-moustafa> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 34| Vgl. *Egypt Independent*, Kairo, 18.4.2011 (*Religious propaganda, vote-buying flourish in Egypt ahead of vote*).
- 35| Diese Einschätzung basiert nicht zuletzt auch auf Gesprächen des Autors mit hochrangigen Muslimbrüdern in Kairo zwischen März 2011 und Mai 2012.
- 36| Für einen Überblick über die Ergebnisse der Parlamentswahlen vgl. *Carnegie Endowment for International Peace: Results of Egypt's People's Assembly election*, Washington D.C. 2012, <http://egyptelections.carnegie-endowment.org/2012/01/25/results-of-egypt%E2%80%99s-people%E2%80%99s-assembly-elections> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 37| Sie stellten 65 Mitglieder der hundertköpfigen Versammlung, die sich zur Hälfte aus Parlamentariern und zur anderen Hälfte aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bzw. aus Vertretern von Institutionen und Interessengruppen zusammensetzen sollte. Vgl. hierzu Ahramonline, Kairo, 19.4.2012 (*Constituent assembly membership saga continues*), <http://english.ahram.org.eg/News/39593.aspx> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 38| Noch Anfang 2012 deutete alles auf ein Machtteilungsarrangement und einen „gemeinsamen“ Präsidentschaftskandidaten von Muslimbrüdern und Hohem Militärrat hin. Vgl. Roll, Stephan: *Das Militär und die Muslimbrüder*, SWP Aktuell, Berlin, Nr. 6, 2012.
- 39| *Al-Shatir* wurde aufgrund einer Gefängnisstrafe ausgeschlossen, zu der er in der Mubarak-Ära verurteilt worden war. Trotz der Begnadigung durch den Hohen Militärrat war seine Kandidatur aus Sicht der Richter unzulässig. Gemäß geltendem ägyptischem Recht (das ebenfalls noch aus der Mubarak-Ära stammt) ist die Kandidatur für ein politisches Amt erst sechs Jahre nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe möglich.
- 40| Für die Nominierung *al-Shatirs* votierten gerade einmal 56 der 108 Mitglieder des Schura-Rat, und mehrere Führungspersönlichkeiten kritisierten die Entscheidung sogar öffentlich. Vgl. *Al-Ahram Weekly*, Kairo, 5.–11.4.2012 (*Shifting the goalposts*).

- 41| Vgl. *Al-Ahram Weekly*, Kairo, 3.–9.5.2012 (*Salafis choose Abul-Fotouh*).
- 42| Diese Enttäuschung spiegelte sich auch in einer (repräsentativen) Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup wider. Hiernach verloren sowohl die Muslimbrüder als auch die Salafisten zwischen Februar und April 2012 signifikant an Unterstützung in der Bevölkerung. Vgl. hierzu ausführlich *Gallup World: Support for Islamists declines as Egypt's election nears*, 18.5.2012, <http://www.gallup.com/poll/154706/Support-Islamists-Declines-Egypt-Election-Nears.aspx> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 43| Vgl. zur staatlichen Kontrolle über die Moscheen des Landes Pink, Johanna: *Der Mufti, der Scheich und der Religionsminister. Ägyptische Religionspolitik zwischen Verstaatlichung, Toleranzrhetorik und Repression*, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): *Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen?*, Hamburg 2007, S. 41. Über die genaue Anzahl der Moscheen in Ägypten gibt es keine Angaben, da sie oftmals nicht offiziell registriert sind. Vgl. Kodmani, Bassma: *The dangers of political exclusion: Egypt's Islamist problem*, *Carnegie Papers*, Washington D.C., Nr. 63, 2005, S. 6.
- 44| Anfang Mai 2011 gab es erstmals ein offizielles Treffen zwischen dem Großscheich und der Führung der Muslimbruderschaft. Nur wenige Tage später kann es zu einem Treffen zwischen al-Tayib und dem einflussreichen Salafistenprediger Muhammad Hassan. Vgl. *Ahramonline*, Kairo, 2.5.2011 (*Al-Azhar officially to receive MB for the first time*); *Al-Youm al-Sabi'*, Kairo, 9.5.2011 (Beitrag Arabisch; „Scheich al-Azhar empfängt morgen Muhammad Hassan“), <http://www.youm7.com/News.asp?NewsID=408202> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 45| Vgl. Koordinationskomitee von al-Azhar und Bibliotheca Alexandria: *Charter der Azhar über die Zukunft Ägyptens*, 19. Juni 2011 (offizielle deutsche Übersetzung).
- 46| Vgl. *Al-Ahram Weekly*, Kairo, 2.–8.2.2012 (*Change at Al-Azhar?*).
- 47| Vgl. *Ahramonline*, Kairo, 29.3.2012 (*Al-Azhar withdraws from constituent assembly*), <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/0/38022/Egypt/0/AlAzhar-withdraws-from-constituent-assembly-.aspx> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 48| Über die genaue Höhe der Mitgliedsbeiträge gibt es keine offiziellen Angaben der Bruderschaft. Laut Hassan Malik ist der zu zahlende Prozentsatz abhängig von der Höhe des individuellen Einkommens und beträgt fünf, sieben oder zehn Prozent. Vgl. *Egypt Independent*, Kairo, 15.4.2012 (*Brotherhood businessman urges business to play role in development*).
- 49| Unter den Sponsoren der Gründungsfeier der EBDA, die im März 2012 abgehalten wurde, befanden sich mit *PriceWaterhouseCoopers* und *Hill International* sogar zwei US-amerikanische Unternehmen. Vgl. *Ahramonline*, Kairo, 25.3.2012 (*Brotherhood business heads enter spotlight*), <http://english.ahram.org.eg/News/37642.aspx> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 50| Auf der Gründungsfeier wurde ein Kooperationsabkommen mit dem türkischen Unternehmerverband MÜSIAD (*Müstakil Sanayici ve İş Adamları Derneği*) geschlossen, der dem islamisch-konservativen Unternehmerspektrum der Türkei zuzuordnen ist.
- 51| Die Familie *Boydak* steht offenbar der islamistischen *Saadet Partisi* nahe.
- 52| Vgl. *Al-Masri al-Youm*, Kairo, 31.3.2012 (Beitrag Arabisch; „Die Muslimbrüder heizen den Wettbewerb im Einzelhandelssektor mit Gründung der Einzelhandelskette „Zad“ an“).
- 53| Vgl. *Al-Mogaz*, Kairo, 23.4.2012 (Beitrag Arabisch; „In Zahlen: Das Vermögen von 10 salafistischen Unternehmern unter der Kuppel“ [im Parlament]).

- 54| *So hat al-Futuh nach seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen offenbar Gespräche mit der Führung der Wasat-Partei aufgenommen, um über die Bildung einer politischen Allianz zu beraten. Bereits vor den Präsidentschaftswahlen wurde gegenüber dem Autor aus Kreisen des Wahlkampfteams von al-Futuh die Möglichkeit eines Beitritts des populären Islamisten zur Wasat-Partei nicht ausgeschlossen.*
- 55| *Vgl. hierzu auch Asseburg, Muriel: Einführung, in: dieselbe (Hrsg.): Moderate Islamisten als Reformakteure, SWP-Studie, Berlin, Nr. 5, 2007, S. 9.*